



Dr. Markus Söder MdL

StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

BFK
Berufsverband der Fachärzte
für Kardiologie in freier Praxis
Herrn Vorsitzenden
Prof. Dr. Sigmund Silber
Am Isarkanal 36
81379 München

München, 01.07.2009
12a-K4200-2009/463-3

Kardiologische Versorgung in Bayern

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Silber,

für Ihre Schreiben vom 12. März und 11. Mai des Jahres, in denen Sie die kardiologische Versorgung in Bayern thematisieren, danke ich Ihnen auch im Namen von Frau Staatssekretärin Melanie Huml. Angesichts der Honorarreform sehen Sie die kardiologische Versorgung in Bayern als gefährdet an und fordern rasche Lösungen.

Frau Staatssekretärin Huml hat zu diesem Thema bereits am 12. März ein Gespräch mit Ihnen und weiteren Vertretern des Berufsverbandes sowie am 19. Juni mit Herrn Dr. Steinert geführt. Sowohl Frau Staatssekretärin als auch mir ist bewusst, dass die Facharztgruppe der Kardiologen besonders negativ von der Honorarreform betroffen ist. Auch uns ist an kurz- wie auch mittel- und langfristigen Lösungen gelegen.

Kurzfristige Lösungen zu finden, ist zunächst Sache der Selbstverwaltungspartner. Das Staatsministerium drängt insofern auf zeitnahe konstruktive Ansätze. Erst am 24. April des Jahres hat erneut ein Gespräch mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns sowie der Krankenkassen stattgefunden, in dem die Sachlage und das weitere Vorgehen erörtert wurden. Die Selbstverwaltungspartner sind sich nach wie vor einig, dass kurzfristig Honorarverluste auszugleichen sind. Sie diskutieren derzeit die konkrete Umsetzung des Ausgleichs. Zu berücksichtigen ist aber, dass erst mit der Abrechnung des ersten Quartals 2009 endgültig feststehen wird, wie sich die Honorarverteilung im Einzelnen darstellt. Um den hohen Arbeitsaufwand zeitgerecht zu bewältigen, hat die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns bereits ein Team eingesetzt, das seit einigen Wochen mit Hochdruck Anträge auf Anpassung des Regelleistungsvolumens bearbeitet. Im Juli wird voraussichtlich ein weiteres Gespräch mit den Selbstverwaltungspartnern stattfinden. Hierbei sollten auch bereits konkrete Zahlen für das erste Quartal 2009 vorliegen.

Die Pressemitteilungen, wonach Baden-Württemberg vom Bund 140 Mio. Euro mehr für die ärztliche Versorgung erhalten solle, konnten nicht verifiziert werden. Es erscheint auch unwahrscheinlich, dass einzelne Bundesländer aus Steuermitteln Zuschüsse für die Ärztevergütung erhalten sollen.

Weitere Fragen Ihrerseits würde ich gerne in einem persönlichen Gespräch klären. Für eine Terminvereinbarung wird mein Vorzimmer (Frau Römer, Tel. 089/9214-2101) sich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Markus Söder MdL
Staatsminister